

„Die Gegenüberstellung von Staat und Markt ist eine liberale Legende.“

TransZent-Autorengespräch mit Joseph Vogl in Wuppertal

Die Finanzkrise von 2008 scheint für Joseph Vogl ein Schlüsselereignis darzustellen, wie sonst ist es zu erklären, dass der Literatur- und Kulturwissenschaftler, der ansonsten an der Humboldt Universität zu Berlin und der Princeton University lehrt, binnen fünf Jahren gleich zwei Bücher der Kapitalismusanalyse widmete? Wenn die Finanzkrise von 2008 etwas offenbart hat, so ist es *Joseph Vogl* zufolge, dass Märkte - entgegen der Kerndoktrin der vorherrschenden Volkswirtschaftslehre - keineswegs auf einen Gleichgewichtszustand zustrebten, sondern in sich krisenhaft seien. Zudem habe die Finanzkrise, die sich zu einer Fiskal- und Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, zu einer „unverkennbaren Krise des Regierens“ geführt. Eine Dominanz der Politik über „die Wirtschaft“, sofern diese Trennung überhaupt je bestanden habe, sei jedenfalls angesichts der Ohnmacht der demokratisch legitimierten Regierungen nicht erkennbar. Vielmehr zeichne sich bereits seit der Entwicklung des modernen Staates ein Machttypus ab, der in der Grauzone zwischen Wirtschaft und Politik zu verorten sei.

Wie also lässt sich das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Kapitalismus konzeptualisieren? Dies war im Wesentlichen die Frage, die im Rahmen des zweiten Termins der TransZent-Veranstaltungsreihe „Wege aus dem Kapitalismus?“ auf Grundlage der Analysen Joseph Vogls in seinen Büchern „Das Gespenst des Kapitals“ und „Der Souveränitätseffekt“ diskutiert wurde.

Eröffnet wurde der Workshop von *Smail Rapic*, Initiator der Veranstaltungsreihe, Professor am philosophischen Seminar der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften der Bergischen Universität Wuppertal und Gründungsmitglied des Zentrums für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent). Nach ein paar freundlichen Einführungsworten griff er den bereits vorab spürbaren impliziten Konsens der Veranstaltung auf, dass vor dem Hintergrund der Finanzkrise von 2008 und den darauffolgenden Erfahrungen, von den Notstandssitzungen zur Bankenrettung bis hin zur Reform-Politik der Troika, eine theoretische Konzeption von Wirtschaft und Politik als zwei - strukturell gekoppelte, aber doch voneinander getrennte - soziale Systeme unhaltbar geworden sei. Man dürfe Rapic zufolge vermuten, dass wohl auch Niklas Luhmann heute zu einem anderen Schluss käme, was die Konzeption von Wirtschaft und Staat (als die Selbstbeschreibung des politischen Systems) anbelangt.

Nicht allein die diesbezüglich diagnostizierte empirische Unzulänglichkeit der in der akademischen Soziologie nach wie vor einflussreichen Systemtheorie schien der Grund der folgenden intensiven Auseinandersetzung mit Luhmann zu sein. Vielmehr, so darf den Aussagen der beteiligten Diskutanten entnommen werden, stehe die Systemtheorie Niklas Luhmanns geradezu sinnbildlich für die Blindheit des Großteils der Vertreter der Sozial- und Geisteswissenschaften für das Wesen des Kapitalismus, das sich nicht in der bloßen

Gleichsetzung mit Marktwirtschaft erschöpfe. Den wohlberkmt als Frage formulierten Titel der Veranstaltungsreihe „Wege aus dem Kapitalismus?“ vor Augen, galt es vorerst eine hinreichende Beschreibung der Beschaffenheit und Funktionsweise des Kapitalismus zu liefern, um gegebenenfalls sinnvolle Antworten auf diese Frage geben zu können. Die Einsicht, dass Luhmanns Systemtheorie eher den Blick auf das Wesen des Kapitalismus verstelle, als einer hinreichenden Erkenntnis desselben dienlich zu sein, schien die Diskutanten zu einen, wohingegen die Frage nach sich aus der Analyse möglicherweise ergebenden Wege aus dem Kapitalismus unterschiedlich beantwortet wurde.

Doch bevor die Frage nach dem „Was folgt daraus?“ gestellt wurde, fasste *Joseph Vogl* zunächst die Kernthesen seiner beiden Bücher „Das Gespenst des Kapitals“ und „Der Souveränitätseffekt“ zusammen. Dafür ging er der Frage nach, wie Vertreter der neoklassischen Ökonomik die Diskrepanz zwischen den von ihrer Zunft aufgestellten Prognosen und der Bilanz der Finanzkrise reflektierten. Auch fragte er, warum heutige Ökonomen so vehement an der Prognostizierbarkeit von Marktergebnissen festhielten. Die Art der von ihnen angeführten Argumente erscheine hier geradezu wie ein Bewältigungsversuch kognitiver Dissonanz. Offensichtlich ziele das Problem der Unsicherheit von Marktergebnissen bzw. die Existenz von unvorhersehbaren Krisen direkt in das Selbstverständnis dieser Wissenschaft. Die stoische Behauptung einer nach wie vor gegebenen Voraussehbarkeit der rationalen Ergebnisse des Marktes im Sinne effizienter Allokation müsse daher als Versuch der Verteidigung der Kerndoktrin der vorherrschenden ökonomischen Theorie gedeutet werden. Der Markt erscheine darin als „apokryphe Filiale praktischer Vernunft“ und geradezu als Ort der Durchsetzung natürlicher Gesetzmäßigkeiten hin zu einer vernünftigeren Welt, womit Markttheorie heute als säkulare Theodizee fungiere, von Vogl auf den einschlägigen Begriff „Oikodizee“ gebracht.

Die Geschichte des Kapitalismus könne dementsprechend nicht als Rationalisierungsprozess aufgefasst werden. Auch verstellten Markttheorien strukturell den Blick auf die immanente Krisenhaftigkeit von (Finanz-)Märkten. Es verwundere folglich nicht, dass die gängigste Erzählung über die Finanzkrise von 2008 und deren Ursachen jene eines Ausnahmefalls sei, der im Wesentlichen auf das irrationale Verhalten einzelner Marktakteure als pathologische Erscheinung zurückführen sei. Fraglich bliebe, inwiefern die Dynamik der Finanzökonomie überhaupt mit Kategorien wie ‚rational‘ oder ‚irrationales‘ beschrieben werden könne, sei diese doch durch die Art der gehandelten Produkte zunehmend an die Erwartungen an eine stets unsichere Zukunft gebunden, mit den zu beobachtenden krisenhaften Effekten. Das Gespenstische des Kapitals läge somit in der Rückwirkung desselben aus der Zukunft auf die Gegenwart.

Josep Vogels zweites, von ihm als „besseres“ bezeichnete Buch „Der Souveränitätseffekt“, lässt sich im Wesentlichen als Kritik der auch nach der Finanzkrise von 2008 nach wie vor virulenten Vorstellung einer tatsächlichen Trennung von Staat und Markt verstehen. Auf diesem Werk lag die größere Aufmerksamkeit der Veranstaltung.

Im Zuge der Finanzkrise und ihrer Folgen sei also eine Form der Machtausübung an die Oberfläche der Wahrnehmung getreten, welche in der liberalen Vorstellung einer gegebenen Trennung von Wirtschaft und Politik nicht existiere. Diese „Vierte Gewalt“ im Staat, die in der Grauzone von Wirtschaft und Politik zu verorten sei, ist Vogl zufolge kein unmittelbares Resultat der Krisenentwicklung seit 2008, sondern zeichne sich bereits seit der Entstehung des modernen Staates ab. Auf Grundlage seiner bis in die Renaissance zurückreichenden Recherche beansprucht Vogl in seinem Buch aufzuzeigen, dass sich die Entwicklung des modernen Staates und des Kapitalismus sowie die Entstehung immer weitreichenderer Märkte stets gegenseitig bedingt hätten. Mit dem rasanten Bedeutungszuwachs der globalisierten Finanzmärkte bis hin zu deren heutiger Dominanz habe diese Entwicklungstendenz damit lediglich ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht.

Von den privaten Geldgebern der frühen Neuzeit, über die Herausbildung von Zentralbanken als halbstaatliche Institution zur Finanzierung des Staates und dessen Zusicherung des Monopols auf die Ausgabe von Geldscheinen, zeichne sich doch im Zuge der Finanzkrise von 2008 und der ihr folgenden Bewältigungsversuchen das ungeheure Machtpotential der heutigen Zentralbanken ab. So befänden sich diese heute in der nicht zu unterschätzenden Rolle des „Gläubigers letzter Instanz“. Dieser sei weitestgehend gegen demokratischen Einfluss immunisiert und fungiere daher letztlich als „4. Gewalt im Staat“ bzw. im Falle der Eurozone, als „Transnationale Exekutive“.

Vorangetrieben durch den enormen Bedeutungsgewinn der globalen Finanzökonomie, die „seniorale Macht“ der Zentralbanken und den oft anhand des Wandels vom „government“ zur „global governance“ beschriebenen damit einhergehenden Souveränitätsverlust des demokratischen Nationalstaats, seien neue Souveränitätseffekte auszumachen. Souverän sei, wie Vogl zuspitzt, der, dem es gelinge, „eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln.“ Angesichts der Durchdringung des Regierungshandelns mit den Interessen der Kapitalakkumulation erweise sich die Trennung von Staat und Markt letztlich als eine „liberale Legende“. Diese Vorstellung eines simplen Antagonismus von Staat und Markt gelte es zu überwinden, bevor überhaupt die Frage nach möglichen Auswegen aus dem Kapitalismus sinnhaft zu stellen wäre.

Reinhard Pfriem, Professor für Unternehmensführung und betriebliche Umweltpolitik am Institut für Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftspädagogik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, lieferte die ersten Anmerkungen zu Vogls Werk.

Darin pflichtete er Vogl bei, dass es sich bei der zu beobachtenden Ökonomisierung des Regierens nicht um den Niedergang einer zuvor gegebenen Trennung handele. Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik müsse jenseits einer bloßen strukturellen Kopplung gedacht werden. Das differenzierungstheoretische Paradigma sei unhaltbar geworden. Vogls Beiträge bestärkten die Forderung, in den Wirtschaftswissenschaften radikal umzudenken.

So unterstrich Pfriem in Rückgriff auf Serge Latouche die „Unvernunft der ökonomischen Vernunft“, die letztlich aus einer Verkehrung von Zweck und Mittel resultiere und in der Konsequenz eine Vereinseitigung des wirtschaftlichen Handelns, ja letztlich der menschlichen

Existenz auf die Mehrung eines monetären Profits, der keine Sättigung entstehen lasse, zur Folge habe.

Selbst wenn sich aus dieser Analyse keine direkten Schlüsse über eine alternative wirtschaftliche Ordnung ableiten ließen, so ließen sich doch auf Basis dieser Erkenntnis, samt der Erfahrungen gescheiterter Gegenbewegungen, Überlegungen zur Veränderung der Gegenwart anstellen. Beispielsweise könne aus dem Scheitern des sog. real existierenden Sozialismus zumindest die Lektion gelernt werden, dass die Bekämpfung kleingliedriger Strukturen zugunsten staatlich zentralisierter Planwirtschaft kaum Potential für eine wünschenswerte Transformation der bestehenden Verhältnisse biete. Der Weg zum gesellschaftlichen Wandel könne womöglich in der Entwicklung alternativer Wirtschafts- und Unternehmensmodelle liegen.

Jedenfalls war Pfriem der Auffassung, dass die Wissenschaft durch ihre geleisteten Erkenntnisse erheblich dazu beitragen könnte, diesen (möglichen) Wandel zu unterstützen; enthalte doch „jede Beschreibung der sozialen Wirklichkeit implizit Hinweise zu ihrer Veränderung“: „Die Wirklichkeitswissenschaft sollte die Tore zur Möglichkeitswissenschaft öffnen.“ Mit dieser Haltung schien Pfriem jedoch auf einem eher einsamen Posten zu stehen, wie im Laufe der Veranstaltung spätestens in Zuge des Beitrags von Wolfgang Streeck sichtbar werden sollte. Doch vorerst stand das von Vogl in seinen Büchern zugrunde gelegte theoretische Fundament zur Debatte.

Peter Imbusch, Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie der Politik an der Bergischen Universität Wuppertal und TransZent-Vorstandsmitglied, stellte eben dieses Fundament infrage und kritisierte die aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu bemängelnde Theorielosigkeit von Vogls Analyse. So sei aufgrund der Verengung auf Studien zu Zentralbanken und des von diesen bezeugten überhistorischen Charakters senioraler Macht der Wandel und die Dynamik des Kapitalismus in Vogls Werk letztlich in den Hintergrund gerückt. Den Klassenkampf begriff hingegen empfände er als zutreffend, doch reihte er direkt die Frage an, wer denn diese herrschende Klasse sei? Hier sei seiner Einschätzung nach solide soziologische Klassentheorie gefragt, um sich unweigerlich aufdrängende Fragen, wie die nach der Existenz eines Kollektivkapitalisten (Existiert mit dem Kapital eine Klasse für sich?), sinnvoll diskutieren zu können. Darüber könne insbesondere eine kritische Elitenforschung Aufschluss geben. Letztlich gelte es, „Macht und Herrschaft ordentlich sichtbar“ zu machen, um sich nicht mit „Gespenstern der Macht“ begnügen zu müssen.

Tobias Klaas, Akademischer Rat am philosophischen Seminar der Bergischen Universität Wuppertal, beanspruchte hingegen durchaus eine reiche theoretische Inspiration in Vogls Werk zu erkennen und legte rhetorisch gekonnt dar, welchen Niederschlag die Gedanken insbesondere poststrukturalistischer Denker, angefangen mit Foucault, über Deleuze und Derrida, bis hin zu den Ursprüngen der Existenzphilosophie bei Kierkegaard, darin vermutlich hinterlassen hätten. In der Gänze scheine das Werk Vogels für ihn im Wesentlichen durch „ein Denken in Figuren“ gekennzeichnet.

Rita Casale, Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Theorie der Bildung an der Bergischen Universität Wuppertal, TransZent-Vorstandsmitglied und Co-Organisatorin der Tagung, nahm sich in ihrem Beitrag der Frage nach dem Vogls Werk zugrundeliegenden Kapitalismusbegriff an. Da dieser, wie Vogl selbst einräumte, in dessen Werk kaum fassbar und nur indirekt Schlüsse auf diesen zu ziehen seien, ging Casale in ihren daran anknüpfenden Ausführungen der Frage nach, inwiefern der Kapitalismus in Einklang mit der von Vogl in seinen beiden Büchern dargelegten Argumentation ‚rhizomatisch‘ verstanden werden könnte. Und tatsächlich schien Vogl diesen Beitrag als besonders bereichernd aufzufassen und pflichtete ihr bei, dass der Kapitalismus für ihn weniger als Entität, sondern vielmehr in Form eines diffusen Konstrukts aus Einstellungssets und Institutionen (nach wie vor schwer) zu fassen sei.

Wolfgang Streeck, der mittlerweile emeritierte Leiter des Max Planck Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, erkannte in dem Fehlen von Gegenentwürfen und jedweder Forderungen nach Veränderungen des Kapitalismus seitens Vogls eine Verweigerung gegen das alltagsprachliche Optimismus-Gebot. Gestützt auf die Darstellung der in den Jahren nach der Krise abstrus anmutenden Ausweitung der Geldmengen durch die EZB als auch der FED, als letzte Kraft hinter den ohnehin kränkelnden Wachstumsraten, war Streeck zu zeigen bemüht, dass einer Fortsetzung unbeirrter Akkumulation unweigerlich Grenzen gesetzt seien. Damit scheine gleichermaßen die letzte Umgehungsstrategie der Grundwidersprüchlichkeit des demokratischen Kapitalismus an ihr Ende gekommen zu sein. Es bliebe mehr als fraglich, welche unbequemen, aber vermeintlich notwendigen "Lösungen" zur Rückkehr auf den Wachstumspfad in Zukunft gefunden werden würden, ganz davon abgesehen, dass der Kapitalismus nahezu jegliche ihn vormals stabilisierende Gegenbewegungen aus dem Weg geräumt habe. Das Ende des Kapitalismus werde eher ein von weiteren Krisen begleitetes Siechen sein, als dass dieser mit einem großen Knall an sein Ende käme. Lösungen anzubieten dementiere jedenfalls die Diagnose und käme unweigerlich einer Bejahung einer Reformierbarkeit des Kapitalismus gleich.

Regina Kreide, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen, schien aller geteilten Diagnosen zur Ohnmacht der nationalen Regierungen im Finanzmarktkapitalismus zum Trotz eine derartige Aussichtslosigkeit nicht gelten lassen zu wollen und stellte unbeirrt die Frage, ob "die Politik" der Vergangenheit denn wirklich nur Ort der Durchsetzung materieller Interessen gewesen sei und ob "die Politik denn gar nichts mehr zu sagen habe".

In einem kurzen Exkurs zur EU in der sich anschließenden Entgegnung wurde jedoch argumentiert, dass zumindest von Seiten jenes an erheblichen Demokratiedefiziten leidenden supranationalen Konstrukts eher die gegenteilige Entwicklung befeuert würde, als dass dieses ein Ort der Artikulation und Durchsetzung etwaiger Gegenbewegungen im Sinne von Karl Polanyis "double movements" sein könne. Vielmehr sei das, was den südeuropäischen Ländern in Zuge ihrer Mitgliedschaft in der EU und insb. der Eurozone wiederfahre, als Prozess der kapitalistischen Landnahme zu begreifen, was nichts weniger meine, als dass diese "erst

mal ordentlich durchkapitalisiert" (Streeck) werden sollten. Letztlich sei der Euro eine "Neuaufgabe der ursprünglichen Akkumulation"(Streeck).

Daran anschließend erläuterte *Smail Ropic*, welches weitere Erklärungspotential nach wie vor in der marxistischen Theorie läge. Konkret zielte Ropic hier in erster Linie auf den Historischen Materialismus, in der Form, wie er vor allem von Friedrich Engels formuliert und später in Teilen von Jürgen Habermas wieder aufgegriffen worden sei, ab. Hinweise auf dessen Plausibilität fänden sich allen voran in der Tatsache, dass sich alle auf Marx und Engels folgenden theoretischen Entwürfe zur Erklärung der Herausbildung und Entwicklung moderner Staatlichkeit gewissermaßen in Auseinandersetzung mit der Marx'schen Theorie entwickelt hätten. Für Smail Ropic jedenfalls stand fest, dass man mit den bisher entlang des Werks von Joseph Vogl erörterten Thesen bewusst oder unbewusst letztlich auf eine Rekonstruktion des historischen Materialismus zusteure.

Rita Casale, sowie die beiden Soziologen Peter Imbusch und Wolfgang Streeck, deuteten zwischendurch auf die Gefahr eines ökonomischen Monismus, den selbst eine auf Engels und Habermas gestützte weichere Interpretation des Basis-Überbautheorems mit sich bringe, hin. Joseph Vogl stimmte den von den Diskutanten vorgenommenen theoretischen Rückbindungen des eigenen Werks vorerst zu, war sich jedoch erklärtermaßen noch unsicher, ob er absehen könne, „wie wohl er sich auf Dauer damit fühlt“. Jedenfalls resümierte er, dass er nach dem heutigen Tag um eine intensivere Marx-Lektüre nicht herumkäme.

Autor: Lukas Lachenicht

Lukas Lachenicht studierte Sozial-, Rechts-, und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Erfurt und absolvierte im Frühjahr 2017 ein Praktikum am Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit. Er beschäftigt sich insbesondere mit der Schnittstelle Kapitalismus-Gesellschaftstheorie-Nachhaltigkeit und ist ehrenamtlich u.a. beim BUND engagiert.

Redaktion: Michael Rose